

Laibacher Zeitung.

Nr. 129.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 10. Juni

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 80 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl., sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1869.

Amtlicher Theil.

Gesetz vom 24. Mai 1869

über die Regelung der Grundsteuer.

(Fortsetzung.)

§ 29. Besonders zu berücksichtigende Momente bei der Tarifaufstellung. Bei Aufstellung des Classificationstarifes für das Ackerland und bei dessen Einschätzung in die einzelnen Tariffklassen ist der Culturzustand desselben durchweg so anzunehmen, wie er sich bei denjenigen Ackergrundstücken des Classificationssistrictes vorfindet, die bisher dauernd, in gemeinwöhnlicher Art, ohne Anwendung künstlicher Culturmittel bewirthschaftet worden sind. Der Weidenutzen der Brache ist nur dort zu veranschlagen, wo er gemeinwöhnlich und in größerer Ausdehnung vorkommt.

Bei den Tariffätzen für die Wiesen ist Rücksicht zu nehmen, wie oft sie gemäht werden, dann ob sie süßes, saures oder gemischtes Futter tragen, ob sie gedüngt, gereinigt, entwässert, bewässert oder drainirt werden oder nicht.

Der Tariffatz für die zur Erzeugung von Obst, Gemüse, Blumen, Sämereien, Hackfrüchten, Handelsgewächsen, Maulbeerblättern und Oliven verwendeten Gärten, dann der Baumschulen, Lustgärten und Parkanlagen ist im Wege der Vergleichung nach Umständen mit dem Ertrage der entsprechenden Acker-, Wiesen- oder Waldclassen des Classificationssistrictes festzustellen.

Gärten, welche nur durch Anwendung besonderer Industrie zu einem außergewöhnlich hohen Ertrage gebracht sind oder von den Gärtnern gewerbmäßig bearbeitet werden, sind deshalb nicht höher zu schätzen als andere, welche sich ihren sonstigen Verhältnissen nach in solcher Lage befinden.

Bei der Feststellung der Tariffätze für die Weingärten ist der Naturalertrag nach dem Durchschnitte der Erzeugung vorausgegangenen Periode von 15 Jahren anzunehmen, wobei auf den Wechsel mittelmäßiger, guter und schlechter Ertragsjahre, wie auch gänzlicher Fehljahre Rücksicht zu nehmen ist.

Wo es gemeinwöhnlich ist, die Weingärten nach einer Reihe von Jahren ganz auszuroden, wird der Tariffatz mit Rücksicht auf den Ertrag der ganzen Periode des Bestandes derselben festgestellt.

Der Tariffatz für die Hutweiden ist im Wege der

Vergleichung mit den gleiches Product tragenden Wiesen zu ermitteln.

Für die Alpen ist der Tariffatz entweder nach den ganzen Pachtpreisen derselben oder nach dem Weidezinse für jedes Stück Vieh oder nach der Zahl und Gattung des jährlich aufgetriebenen Viehes mit Rücksicht auf die Dauer des Weideganges und den hiedurch aus der Alpe gezogenen Nutzen zu bemessen, wobei insbesondere die Auslagen für etwaige Sicherungsarbeiten, um das weidende Vieh vor dem Verfallen in Abgründe zu bewahren, so wie für Wasserleitungen und Obdach in Betracht zu ziehen sind.

Den Tariffätzen für die Waldungen wird der Naturalertrag in n. ö. Klaftern, 30" Scheitelhöhe für das harte und weiche Holz pr. n. ö. Joeh, ohne Rücksicht der Verwendung einzelner Stämme zu Werk- und Zeugholz nach dem Durchschnitte der Abtriebsperiode in einem Jahre mit angemessener Berücksichtigung der Absatzverhältnisse zu Grunde gelegt.

Die Kosten des Forstschutzes und Culturaufwandes sind bei Aufstellung der Tariffätze angemessen zu berücksichtigen.

Der Werth des zur Zeit der Abschätzung vorgefundenen Holzbestandes bleibt unberücksichtigt.

Die Nebennutzungen des Waldes werden in der Regel nicht beachtet; wo jedoch in Waldungen regelmäßig geweidet wird oder wo die Gewinnung von Knospen und Gerberlohe oder bei Auen der Grasnutzen einen besonderen Ertrag abwerfen, wird derselbe, wenn er von einer solchen Erheblichkeit ist, um als Nebenfrucht angesehen zu werden, bei Bemessung der Tariffätze berücksichtigt.

Bei Seen, Sümpfen und Teichen, welche nur durch Fischerei oder Rohschlag einen Ertrag abwerfen, ist der Reinertrag im Durchschnitte einer Reihe von 15 Jahren und mit Berücksichtigung der Kosten für Unterhaltung, Wiederbesetzung, Schleusen, Dämme und Geräthe der Bemessung der Tariffätze zu Grunde zu legen.

Die gemischten Culturen werden mit Rücksicht auf den Ertrag aller gleichzeitig gewonnenen Früchte in den entsprechenden Tariffatz der vorwiegenden einfachen Culturart eingereiht.

Die Wechselculturen, als Acker im Wechsel mit Wiesen (Eggärten) und Acker im Wechsel mit Weiden (Trischäcker) dann Teiche im Wechsel mit Acker oder Grasland (Teichwirthschaft) werden unter Berücksichtigung des Naturalertrages der abwechselnden Producte und ihrer eigenthümlichen Bewirthschaftungskosten den

Tariffätzen jener Culturklasse eingereiht, wohin sie nach ihrer im Ertrage vorwiegenden Benützungsart gehören.

Seen und Sümpfe, welche im Sommer ganz oder theilweise austrocknen, werden, wenn die Benützung der trockenen Stellen als Wiesen oder Weiden oder durch Gewinnung von Streumaterialie stattfindet, in die ihrem durchschnittlichen jährlichen Ertrage entsprechenden Tariffklassen der Wiesen oder Weiden eingereiht.

Das sonstige Parificationsland (§ 16), wohin auch mit Gebäuden nicht besetzte Bauplätze gehören wird nach den angrenzenden oder umschließenden Grundstücken eingeschätzt.

§ 30. Einsetzung des Classificationstarifes an die Landescommission und Prüfung desselben durch die letztere. Der richtiggestellte Classificationstarif ist sammt den zu seiner Beurtheilung nothwendigen Unterlagen der Landescommission vorzulegen, welche denselben mit Rücksicht auf die mittlerweile sich verschaffte Ueberzeugung über die Ertragsverhältnisse des Bezirkes einer sorgfältigen Prüfung unterzieht und die Beseitigung der vorkommenden Bedenken und Mängel veranlaßt.

Hiebei hat sie insbesondere ihre Aufmerksamkeit auf das richtige Verhältniß der Tariffätze der an der Grenze des Landes gelegenen Bezirke zu richten und, insofern sie gegen die bezüglichen Tariffätze des Nachbarlandes Bedenken zu erheben in der Lage wäre, sich mit der betreffenden Landescommission ins Endernehmen zu setzen.

§ 31. Publication der Classificationstarife. Die von der Landescommission als richtig erkannten oder modificirten Classificationstarifsanträge sind durch die officiële Landeszeitung zu veröffentlichen und den Bezirksschätzungscommissionen zurückzusenden.

Diese haben die Tarife in geeigneter Weise im Bezirke zu veröffentlichen, um den aus dem Gemeindeverbande ausgeschiedenen, wie auch denjenigen Grundbesitzern, welche wenigstens den sechsten Theil der gesamten Grundsteuer in der Gemeinde entrichten, so wie den Gemeinden Gelegenheit zu geben, sich auch ihrerseits über die Angemessenheit der aufgestellten Classificationstarife zu äußern, beziehungsweise etwaige Einwendungen dagegen vorzubringen.

Gleichzeitig ist zu veranlassen, daß den angrenzenden Bezirksschätzungscommissionen des benachbarten Landes der Classificationstarif sammt den erforderlichen Unterlagen der Grenzdistricte des eigenen Landes mitgetheilt und den gedachten Betheiligten zur Einsicht und Erhebung von Einwendungen offen gelegt werde.

Feuilleton.

Schatzgräberei im Meere.

Im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert hatten England, Frankreich und Holland eine wahre Leidenschaft, Krieg gegen einander zu führen. So oft dies der Fall war, hatten die Feinde Spaniens ein scharfes Auge auf die spanischen Gallionen, die, mit dem Gold und Silber der süd-amerikanischen Bergwerke schwer beladen, nach Europa zurückkehrten. Diese Gallionen waren sehr große Schiffe, mit drei bis vier Decken. Spanien pflegte sie zu bestimmten Zeiten an die Küsten Perus und Mexicos zu schicken, damit sie dort die in den Schmelzöfen gewonnenen Gold- und Silberbarren aufnahmen und nach Spanien brachten. Kommodore Anson gehörte zu den glücklichen Seeleuten, welche zuweilen einem dieser Goldschiffe begegneten und ihn fingen. Der berühmteste Fall dieser Art ereignete sich in der Bucht von Vigo, wenige Monate vor der Thronbesteigung der englischen Königin Anna. In jener Zeit nahmen England und Holland an dem bekannten Erbfolgekriege Theil, den auch Oesterreich und das deutsche Reich gegen Frankreich und Spanien führten. Man kämpfte natürlich nicht bloß zu Lande, sondern auch zur See und warf nach allem, was Fisch war, das Netz aus. Da es sich nun traf, daß eine französische Kriegsflotte einer Anzahl von Silbergeschiffen gerade in dieser Zeit das Geleite über den atlantischen Ocean gab, so paßten die Engländer und Holländer scharf auf. Die Spanier erreichten die Bucht von Vigo, die am äußersten nördlichen Ende der atlantischen Küste liegt und von Cadix durch Portugal in dessen ganzer Länge getrennt wird.

„Die englische Flotte“, erzählt Macaulay, „befand sich vor der portugiesischen Küste und war auf dem Rück-

wege nach der Heimat, als der Herzog von Ormond die Nachricht erhielt, die spanische Silberflotte sei in Europa angekommen und in die Bucht von Vigo eingelaufen, um einem Zusammentreffen mit seinem Geschwader zu entgehen. Ihre Ladung bestand, wie man wissen wollte, abgesehen von verschiedenen kostbaren Waaren, aus drei Millionen Pfund Sterling in Gold und Silber. Die Aussicht auf eine Plünderung machte allen Zwistigkeiten ein Ende; Holländer und Engländer, Generale und Admirale forderten einstimmig einen Angriff. Die Spanier hätten ihren Schatz auf die einfachste Art von der Welt, durch Ausschiffung, retten können, aber es war ein Grundgesetz des spanischen Handels, daß die Gallionen in Cadix und nur in Cadix ausladen dürften. Selbst in diesem gefährlichen Augenblicke weigerte sich die Handelskammer von Cadix, von ihrem Privilegium um eines Haares Breite nachzulassen. Die Sache kam vor den Rath beider Indien. Die hohe Behörde berieth und zauderte genau um einen Tag zu lange. Einige schwache Verteidigungsmaßregeln wurden getroffen. In die beiden verfallenen Thürme an der Mündung der Bucht von Vigo wurde eine Besatzung schlecht bewaffneter und ungeübter Bauern gelegt. Ein Baum wurde quer vor den Eingang zum Hafen geworfen, und einige französische Kriegsschiffe, die den Gallionen bei der Ueberrfahrt zum Schutz gedient hatten, nahmen im Binnenwasser Stellung. Das alles brachte aber keine Hilfe. Die englischen Kriegsschiffe zertrümmerten den Baum. Ormond und seine Soldaten erstürmten die Forts und die Franzosen verbrannten ihre Schiffe und retteten sich ans Land. Die Sieger theilten sich in einige Millionen Pfaster, mehrere Millionen versanken im Meer. Als das Unglück geschehen war, kam aus Madrid der Befehl, die Gallionen abzuladen.“ Wie viel Geld die Spanier retteten, wieviel die Engländer erbeuteten und wieviel in den Fluthen verloren ging, darüber werden die verschiedensten Angaben gemacht. Macaulay's un-

bestimmter Ausdruck: „mehrere Millionen Pfaster“ mag uns genügen. Ein großer Theil der englischen Beute wurde von betrügerischen Agenten auf die Seite geschafft, aber einiges Silber erreichte England, wo man zum Gedächtniß des Ereignisses Münzen davon prägen ließ.

Jetzt ist ein Plan im Werke, die gesunkenen Schätze womöglich zu heben. Ein Unternehmer hat diese Sache zehn Jahre lang nicht aus den Augen verloren. Die spanische Regierung hat ihm die Erlaubniß zu Arbeiten unter den folgenden Bedingungen gegeben: Er trägt alle Kosten, und von dem, was gefunden wird, erhält er vier Fünftel und die spanische Regierung ein Fünftel.

Zu Anfang dieses Jahres hat Oberst Gowen, der durch Arbeiten gleicher Art im Hafen von Sebastopol berühmt geworden ist, die Lage der verunknuten Schiffe genau untersucht. Die Resultate, die sich gezeigt haben, sind die folgenden: Der Schiffe sind acht, und von diesen liegt der „Amirante“ in sieben und einem halben Faden Wasser und sein Verdeck ragt zwei bis drei Fuß aus dem Schlamm und den Muscheln des Meeresbodens hervor. Es finden sich Spuren von Brandschäden, dagegen sind die im Schlamm vergrabenen Theile den Angriffen der Bohrmuschel entgangen. Bei anderen Schiffen ist diese Muschel thätig gewesen und zwei sind halb verbrannt. Auf den Decken liegen Kanonenkugeln, halbzerstörte Schiffslafetten, Anker und Mörfser umher. Auf dem Deck des einen hat sich ein Pflaster von Ziegelsteinen, wahrscheinlich der Fußboden einer Küche, gezeigt.

Vorläufige Untersuchungen der Schiffe durch Taucher haben mehrmals stattgefunden. Die Stellen wo sie liegen, sind leicht zu erkennen, da ein jedes einen kleinen Hügel bildet, der durch die Anhäufung von Schlamm und Muscheln rings um diesen festeren Körper entstanden ist. Die „Gallion“, die für die reichste

§ 32. Einbringung der Einwendungen gegen den Classificationstaxi. Die von den Gemeinden und größeren Grundbesitzern oder Bezirkschätzungscommissionen gemachten Einwendungen sind binnen sechs Wochen präclusiver Frist bei der betreffenden Bezirkschätzungscommission schriftlich einzubringen und von der letzteren gutachtlich der Landescommission vorzulegen.

§ 33. Prüfung der Einwendungen durch die Landescommission und Zusammenstellung der Taxen. Die Landescommission wird, so weit sie diese Einwendungen als begründet anerkennt, deren Berücksichtigung veranlassen, die Classificationstaxen für sämtliche Bezirke des Landes übersichtlich zusammenstellen und diese Zusammenstellung einerseits dem Finanzminister überreichen, andererseits den Bezirkschätzungscommissionen sowohl diese Zusammenstellung, als auch den für den betreffenden Bezirk oder Classificationssubdistricte genehmigten Classificationstaxi mit der Aufforderung übersenden, sofort auf Grund dieses Taxen mit der Einschätzung (§ 34) zu beginnen.

IV. Abschnitt.

Einschätzung.

§ 34. Einschätzung der einzelnen Grundstücke in die Taxensätze. Die Einschätzung besteht in der Anwendung der für die verschiedenen Culturen festgestellten Ansätze des Classificationstaxen auf jedes einzelne steuerpflichtige Grundstück innerhalb der Gemeinden und des Bezirkes oder Classificationssubdistrictes.

Zum Behufe dieser Einschätzung wird der Bezirk, beziehungsweise Classificationssubdistricte, insofern als notwendig, in besondere Einschätzungsgruppen eingetheilt, innerhalb welcher je zwei durch die Bezirkschätzungscommission aus ihrer Mitte zu entsendende Mitglieder (Einschätzungsdeputirte) die Einschätzung für die einzelnen Gemeinden oder aus dem Gemeindeverbande ausgeschiedenen Gutsgebiete unter der Controle des Referenten und mit steter Rücksicht auf die aufgestellten Vergleichsgrundstücke (§ 28) auszuführen haben, wobei, wenn die Anschauungen der beiden Einschätzungsdeputirten getheilt sind, jene Anschauung gilt, welcher der Referent beitrifft.

Der Zeitpunkt der Einschätzung ist in jeder Gemeinde oder jedem Gutsgebiete vorher allgemein bekannt zu geben.

Zu dem Geschäfte der Einschätzung sind die betreffenden Gemeindevorstände oder zwei von ihnen zu bezeichnende Vertrauensmänner, dann die Vertreter der selbständigen Gutsgebiete, sowie jene Grundbesitzer, welche wenigstens den sechsten Theil der gesamten Grundsteuer entrichten, als Vertrauensmänner beizuziehen.

Bei der Einschätzung sollen Grundstücke, welche nur in Folge außergewöhnlicher Culturen productiver geworden sind als die in ihrer Umgebung liegenden Gründe, diesen gleichgestellt werden.

Culturmassen von einer geringeren Ausdehnung als 50 Quadratlastern bei Gärten und Weingärten und 400 Quadratlastern bei den übrigen ökonomischen Culturen sind zu der umschließenden Culturmasse oder, falls sie von verschiedenen Culturmassen begrenzt werden, zu derjenigen der letzteren zu ziehen, welcher sie nach ihrer Beschaffenheit und ihrem Ertrage am nächsten kommen.

Einige Beispiele. Eine Ausnahme hievon findet statt, wenn der Unterschied im Ertrage der beiden verschiedenen Culturarten, beziehungsweise der beiden Bonitätsclassen derselben so groß ist, daß durch das Zusammenziehen der Reinertrag der Gesamtmasse um mehr als zehn Percent vermehrt oder vermindert werden würde.

Ebenso sind innerhalb einer Culturmasse desselben Grundstückes Bonitätsclassenabschnitte von einem geringeren Ausmaße als 1 Joch zu einer Bonitätsklasse desselben Grundstückes zu rechnen, falls nicht hiedurch der Reinertrag, welcher sich aus der gesonderten Abschätzung der Abschnitte ergeben würde, um mehr als 10 Percent vermehrt oder vermindert wird.

Jeder einzelne Waldkörper ist nach der durchschnittlichen Ertragsfähigkeit seines Bodens und der Holzmischungsverhältnisse in der Regel nur zu einer Bonitätsklasse ohne Rücksicht auf den Werth des zur Zeit der Abschätzung vorhandenen Holzbestandes einzuschätzen.

Finden sich in demselben aber zusammenhängende Flächen von mindestens 50 Joch, welche nach Bodenbeschaffenheit und Holzbestand und nach den sonstigen, den Reinertrag bestimmenden Verhältnissen sehr erheblich von einander abweichen, so sind mehrere Bonitätsclassen einzuschätzen.

Die Ergebnisse der Einschätzung in allen Gemeinden des Bezirkes oder Classificationssubdistrictes sind der Bezirkschätzungscommission zur Prüfung und Zusammenstellung zu übergeben, welche etwaige Mängel oder Bedenken nöthigenfalls durch Abordnung einer Localcommission zu beheben und sodann die Verfassung der Einschätzungsregister (§ 36) zu veranlassen hat.

(Schluß folgt)

Der Reichskanzler, Minister des kaiserlichen Hauses und des Aeußern, hat auf Grund der Allerhöchstdenigsten Durchföhrung des neuen Personal- und Salariatsstatus der mit dem Charakter wirklicher Staatsbeamten bekleideten Consularfunctionäre den mit dem Titel und Charakter eines Consularkanzlers bekleideten Kanzlisten des k. und k. Generalconsulates in Warschau Anton Niedzielski, ferner die Vickanzler Dr. Ludwig Malsfer in London, Franz Zelinek in Constantinopel, Anton Neumann in Bukarest, Johann Cingria in Serajevo, Ernst Freiherrn v. Haan in Alexandria, Alexander Rehn in Soutari so wie den für Ibrailla ernannten, aber derzeit noch in Jassy verwendeten Vickanzler Isidor v. Zotta und den als Vickanzler bei dem k. und k. Generalconsulate in Belgrad fungirenden Hauptmann-Auditor Adalbert Anger zu Kanzlern auf den von ihnen bisher versehenen Posten, hingegen den Vickanzler Joseph Waldhardt in Bukarest zum Kanzler bei dem k. und k. Consulate in Ibrailla, den mit dem Titel und Charakter eines Vickanzlers bekleideten Actuar des k. und k. Generalconsulates in Bukarest, Dr. Alexander Edlen v. Spinsio zum Kanzler bei dem k. und k. Generalconsulate in Odessa, die Vickanzler Cornel Stadler in Frankfurt a. M. und Theodor Neumann in Jassy zu Kanzlern bei dem k. und k. Consulate in Constantinopel, den derzeit in Port-Said verwendeten Vickanzler Dr. Johann Ortlieb zum Kanzler bei dem k. und k. Consulate in Triest, dann den mit dem Titel und Rang eines Vickanzlers bekleideten Consulareleven Dr. Peter Cuzzi zum Kanzler bei dem k. und k. Generalconsulate in Marseille und den gleichfalls mit dem Titel und Range eines Vickanzlers bekleideten Kanzlisten des k. und k. Generalconsulates in Warschau Cajetan Zagorski zum zweiten Kanzler bei dem k. und k. Consulate in Jassy zu ernennen befunden.

Der Reichskanzler, Minister des kaiserlichen Hauses und des Aeußern, hat den zweiten Dolmetscher des k. und k. Consulates in Jassy zum Kanzler-Dolmetscher bei dem k. und k. Generalconsulate in Bukarest zu ernennen befunden.

Am 8. Juni 1869 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei das XL. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Daselbe enthält unter Nr. 91 das Gesetz vom 20. Mai 1869 in Betreff der Zugeständnisse und Bedingungen für die Unternehmung einer Local-Eisenbahn von Bludenz über Feldkirch und Bregenz an die österreichisch-bairische Grenze bei Loibach mit Zweigbahnen von Feldkirch an die Rheingrenze bei Buchs und von Sautrach an die österreichisch-schweizerische Grenze bei St. Margarethen;

Nr. 92 das Gesetz vom 20. Mai 1869, wegen sofortigen Ausbaues der Linien der Kaiser-Franz-Joseph-Bahn.

(Wr. Zig. Nr. 129 vom 8. Juni.)

Nichtamtlicher Theil.

Wien, 8. Juni.

Für die nächsten Tage ist eine Reihe von Concessionen an Galizien zu gewärtigen. Dieselben bewegen sich allerdings nur auf administrativem Gebiete, geben aber gerade hiedurch für das stete Bestreben der Regierung, den Wünschen und Anforderungen der einzelnen Königreiche und Länder zu entsprechen, ein um so vollgiltigeres Zeugniß. Die Regierung als solche hat eben nur das Terrain der Executive für sich, während es Sache der Legislative ist, den die Verfassung direct be-

rührenden Forderungen gerecht zu werden. Was den Werth der im Zuge befindlichen Concessionen speciell an Galizien erhöht, ist die Spontanität derselben; insofern sind dieselben ein Symptom und verdienen als solches die eingehendste Beachtung.

Unter den von der Regierung beabsichtigten Zugeständnissen steht zunächst die Einführung der polnischen Sprache in dem Verkehr der Aemter unter einander und mit den Parteien an der Spitze. Der galizische Landtag hat in seiner letzten Session ein hierauf bezügl. Gesetz zwar decretirt, daselbe konnte jedoch nicht sanctionirt werden, nachdem die autonome Landesvertretung offenbar übersehen hatte, daß ein die Verkehrssprache der k. k. Aemter betreffender Landtagsbeschluß nicht minder ein Eingriff in die Prärogativen der Regierung sei, als dies eine Verordnung der Regierung wäre, mit der den autonomen Landesorganen irgend eine Verkehrssprache von Seite des Ministeriums octroyirt würde. Die Regierung hat diesem Landtagsbeschlusse insofern Rechnung getragen, als sie seinen Inhalt im Verordnungswege zur praktischen Geltung brachte und dadurch einem Differenzpunkte mit dem Lande im vorhinein die Spitze abgebrochen. Auf die Bedeutung dieses Schrittes für Galizien speciell hinzuweisen ist wohl überflüssig. Das Prädominiren des polnischen Elementes in Galizien findet seine Folie in der offenkundigen Russificirung Polens, die mit der Germanisirung Posens gleichmäßig vorschreitet.

Auch in der Angelegenheit des Immunitätsgesetzes hat die Regierung einen entgegenkommenden Schritt gethan. Der galizische Landtag hatte bekanntlich in seiner letzten Session ein specielles Immunitätsgesetz für Galizien ausgearbeitet, — trotzdem ein Reichsgesetz bereits für Reichsraths- und Landtagsabgeordnete die Unverletzlichkeit garantirt. Nicht genug an diesem Pleonasmus der Legislation und der staatsrechtlichen Bedenken, die er hervorzurufen geeignet ist, hatte der galizische Landtag auch noch ein juristisches Unicum damit geschaffen, daß er in seinem Immunitätsgesetze die Landtagsabgeordneten nicht bloß gegen strafrechtliche, sondern auch gegen civilrechtliche Verfolgungen sicherte. Die letztere Bestimmung kennt keines der europäischen Immunitätsgesetze, nachdem hiemit in die Rechte Dritter eingegriffen wird und über diese im Wege einer Privilegial-Gesetzgebung nicht entschieden werden kann.

Die Regierung konnte schon aus letzterem Grunde das erwähnte Gesetz nicht sanctioniren, ließ jedoch jetzt ihre staatsrechtlichen Bedenken gegen das Gesetz als solche fallen und erklärte sich bereit, daselbe der a. h. Sanction zu unterbreiten, wenn der juristische Konfens, die Immunität gegen civilrechtliche Verfolgungen, befestigt werde. Zu diesen Zugeständnissen gefestigt sich die im Zuge befindliche vollständige Uebergabe aller jener Fonde, die dem Lande gehören, jedoch bisher noch von der Regierung verwaltet wurden, in die Hände der autonomen Landesorgane. Unter den letzteren befindet sich auch der Grundentlastungsfond für Ost- und Westgalizien, der nunmehr auch in die Administration des galizischen Landesauschusses übergeht, der Provinzial-Invalidenfond, dann sämtliche bisher noch nicht übergebenen Stipendienstiftungsfonde. Eine besondere Befriedigung dürfte auch die Haltung der Regierung bei der Besetzung des Bürgermeisterpostens von Lemberg hervorzurufen geeignet sein. In Lemberg besteht das Gemeindestatut vom Jahre 1852, nach welchem dem Kaiser das Ernennungsrecht des Bürgermeisters zusteht, noch zu Recht, da das neue Gemeindestatut die a. h. Sanction noch nicht erlangt hat, und auch insoweit nicht erlangen kann, als die mit den Staatsgrundgesetzen und Forderungen der Humanität im Widerspruch stehende Fixirung der Zahl der jüdischen Gemeinderäthe nicht beseitigt ist.

Wäre die Regierung von irgend einer Animosität beherrscht oder handelte sie nur unter steter Erinnerung auf gewisse Ereignisse, deren Schauplatz im verflochtenen Winter Lemberg bildete, so hätte sie leicht dazu kommen können, in Ausnützung eines ihr zustehenden Rechtes eine amtliche Persönlichkeit an die Spitze der Stadt stellen zu können. Die Regierung that das gerade Gegentheil und schlug Sr. Majestät dem Kaiser die Ernennung einer Persönlichkeit vor, die ihrer Stellung wie ihrer Beliebtheit in allen Kreisen nach aus einer eventuellen freien Wahl der Gemeinde als Vorstand derselben hervorgegangen wäre. Spricht aus den erstgenannten Zugeständnissen das Bestreben der Regierung, den Landeswünschen möglichst nahe zu kommen, so drückt sich in dem eben erwähnten Schritte des Ministeriums das Vertrauen desselben in den gesunden Sinn und die ruhige Erwägung der polnischen Kreise aus. Hoffentlich werden die Maßnahmen der Regierung in Galizien nach ihrem wahren materiellen wie moralischen Werthe beurtheilt werden und dazu beitragen, den entgegenkommenden Schritten der Regierung auch solche des Landes folgen zu lassen.

Denkschrift des böhmischen Episkopats.

Der „Zeit“ wird die Analyse einer Denkschrift des böhmischen Episkopats mitgetheilt, welche aus Anlaß des Urtheilspruches über den bischöflichen Hirtenbrief in Chefsachen verfaßt und dem Grafen Taaffe, als derselbe

vom provisorischen zum definitiven Ministerpräsidenten ernannt wurde, übergeben worden ist. Die Denkschrift führt aus, daß die Ansichten, welche die böhmischen Bischöfe bezüglich der kirchlichen Ehegesetze ausgesprochen haben, der katholischen Glaubenslehre streng entsprechen; daß es ihre Pflicht gewesen sei und bleibe, den ihnen anvertrauten Priestern und Gläubigen die entsprechenden Weisungen unabhängig von dem Staatsgesetze zu erteilen; daß sie auch in Zukunft nicht unterlassen werden, zu lehren, daß die kirchlichen Ehegesetze ihre Gültigkeit in sich besitzen, ohne Rücksicht, ob sie vom Staate anerkannt seien oder nicht, daß die bloße Civilehe vor Gott und dem Gewissen ungültig sei und daß jene, welche eine solche gegen das Gesetz der Kirche schließen, von ihr als Schein-Eheleute und öffentliche Sünder zu behandeln seien. Allein in Erfüllung dieser ihrer bischöflichen Pflicht werden die böhmischen Bischöfe zugleich bemüht sein, ihren Gläubigen die bürgerlichen Pflichten einzuschärfen. Es sei, heißt es in der Denkschrift, ein schweres Mißverständnis, zu glauben, daß es im Sinne des Episcopats liege, mit der Verkündigung der katholischen Glaubens- und Sittenlehre, welche die Civilehe für unerlaubt und ungültig erklärt, auch die Ungültigkeit des bürgerlichen Gesetzes über die Civilehe auszusprechen. Allerdings hätten die Bischöfe ihrem Clerus die schweren Nachteile nicht verschweigen dürfen, welche aus einer widerstreitenden Gesetzgebung über die Ehe erwachsen müssen, und sie hätten diese Nachteile auch der Regierung nicht verhehlt, allein so sehr die Kirche die Einführung der Nothcivilehe bedauere, so liege es doch außer ihrer Macht, sie zu verhindern; sie werde, die gesetzliche Eheatsache anerkennend, der Civilehe jene bürgerlichen Wirkungen nicht absprechen, welche der Staat ihr zuerkennt. Und auch dann, wenn die obligatorische Civilehe eingeführt werden sollte, werde dem Gesetze in diesem Sinne die bürgerliche Geltung nicht bestritten werden. Die Gläubigen werden von der Kirche nicht gehindert werden, sich dieser vom Staate verlangten Form zur bürgerlichen Anerkennung ihrer beabsichtigten Eheschließung zu unterwerfen. Allein diesen Formen Geltung vor Gott und dem Gewissen zu geben, insofern als das kirchliche Gesetz dies verhindert, vermöge keine irdische Gewalt; vielmehr würde der katholische Christ die bürgerliche Form mit dem Bewußtsein zu vollziehen haben, daß die Schließung vor Gott und dem Gewissen erst dann gültig erfolge, wenn das nach den kirchlichen Gesetzen wesentliche beachtet wird. Die Denkschrift erklärt am Schlusse wiederholt, daß die böhmischen Bischöfe, gemäß ihrer eigenen Ueberzeugung von dem Segen des friedlichen Verhältnisses zwischen Kirche und Staat, bereit seien, den berechtigten Wünschen der Staatsgewalt auf dem Gebiete des öffentlichen Wirkens entgegenzukommen.

Coalition gegen die Türkei.

Aus St. Petersburg, 29. Mai, schreibt man der „Post“: Die russische Regierung sucht mit der amerikanischen einen gemeinsamen Operationsplan gegen die türkische zu verabreden. Als nächsten Angriffspunkt hat man die Schifffahrt im Bosporus erlesen, gegen deren durch den Pariser Tractat von 1856 neu geordnete Beschränkungen Amerika (das diesen Tractat nicht unterzeichnet hat) Protest erheben soll. Rußland würde secundieren. Falls nicht besondere Ereignisse eintreten, die ein Aufgeben oder eine Verzögerung des Plans verursachen, dürfen wir uns auf eine baldige Action gefaßt machen. Herr Grant glaubt, daß er dadurch bei den Anglophoben unter seinen Landesleuten populär werde, und sich außerdem auch das gesammte neuenglische Kirchenthum durch eine antitürkische Action verbinden werde. An den Erleichterungen, die der Handel durch eine Freiegebung der Dardanellenschifffahrt haben würde, hätte Amerika, dessen Flagge dort selten gesehen wird, den geringsten Antheil. Welche Wichtigkeit man der St. Petersburger Gesandtschaft in Washington beilegt, geht auch daraus hervor, daß man Herrn Curtin, dem neuen Gesandten, keinen geringeren als Herrn Coffey zum Secretär gegeben hat. Herrn Coffey's Position in der amerikanischen politischen Welt — er war Generalanwalt unter Lincoln — befähigt ihn unzweifelhaft selbst Gesandter zu sein. Man sendet uns also zwei Vertreter anstatt eines.

Oesterreich.

Wien, 8. Juni. (Zur Linzer Affaire) meldet die „Linzer Tagespost“: „Am Sonntag begaben sich zwei Deputationen nach Wien, um bei Sr. Majestät Audienz zu erhalten. Die eine bestand aus Priestern, die andere aus Mitgliedern der hiesigen St. Michaels-Bruderschaft, und wurde diese letztere vom Herrn Grafen Brandis geführt. Beide Deputationen bezweckten die Anfrage bei Sr. Majestät, ob das Concordat aufgehoben sei oder nicht, sowie das Vorbringen einer Beschwerde über das ihrer Ansicht nach ungerechtfertigte Vorgehen gegen den Bischof Rudigier.“ In dem clericalen „Linzer Volksblatt“ erklären acht Linzer Einwohner (Greisler, Krankenwärter, Messerschmiede, Gärtner und Schlosser) mit Nennung ihrer Namen, daß nicht bloß alte Weiber, sondern auch „Männer“ (!) dem Bischofe bei seiner Abführung Vivats zugerufen haben.

Graz, 4. Juni. (Geschworenenliste.) Die Commission von zwölf Gemeinderäthen, welche unter dem Vorsteher des Bürgermeisters R. v. Franz aus der Urliste der Geschworenen die Jahresliste zusammengestellt hat, ist mit ihrer Arbeit bereits fertig geworden. Die aus 400 Geschworenen bestehende Jahresliste ist auch schon in Druck gelegt und dem Preßgerichte, sowie der Staatsanwaltschaft zugestellt worden. Eine flüchtige Musterung der Liste zeigt, daß die Commission ihre Aufgabe, die Jahresliste durch Wahl jener Personen zu bilden, welche wegen ihrer Verständigkeit, rechtlichen Gesinnung und Charakterfestigkeit für das Amt eines Geschworenen vorzüglich geeignet erscheinen, im Ganzen glücklich gelöst hat. Die Intelligenz und der Kern des Bürgerthums erscheinen in der Jahresliste vorwiegend vertreten. Wir finden darin 23 Advocaten, 19 Universitäts-Professoren, 13 Professoren der technischen Hochschule, 4 Notare, 10 Aerzte, fast alle höchstbesteuerten Industriellen und Kaufleute u. s. w. Auch der Landeshauptmann und der ganze Landesauschuß, mit Ausnahme des Landeshauptmann-Stellvertreters Dr. Moriz v. Kaiserfeld, kommen in der Jahresliste vor; dagegen fehlen der Bürgermeister, dessen Stellvertreter und die Magistratsbeamten. Von Universitäts-Professoren wurden die ob ihrer ultramontanen Gesinnung bekannten Herren Dr. Maassen und Dr. Tewes nicht aufgenommen. Das Preßgericht, unter dem Vorsteher des Landesgerichts-Präsidenten Grafen Lodron, ist auch schon zusammengestellt, der Schwurgerichtssaal ist fertig, es fehlt also nur an Fällen zur schwurgerichtlichen Behandlung.

(R. Fr. Pr.)

Prag, 7. Juni. (Eine czechische Antwort. Zur Geschichte der Tabors.) Den Ausgleichslustigen à tout prix, welche namentlich auf die Verschönlichkeit der Jungezechen große Hoffnungen setzten, wird in der gestrigen „Nar. Listy“ folgende Antwort gegeben, die wohl an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt: „Und so sind alle Hoffnungen, alle Combinationen, alle Speculationen jenes Wiener Troffes in Bezug auf uns leer, trügerisch und vergeblich — wir alle haben in den staatsrechtlichen Fragen nur ein Programm, nur einen Willen und ein Ziel. Der Unterschied lag und liegt nur in den Verhältnissen. Im Ausnahmestande mußten wir schweigen, und jetzt können wir wieder reden. Wir bedauern sehr — und lachen auch darüber — daß ihr unser erzwungenes Schweigen für irgend ein Zeichen unserer inneren Wandlung zu halten so gütig waret. Ihr habt euch gewaltig geschadet. Hie-mit empfehlen wir uns euch vorläufig.“ — Zur Geschichte der Tabors schreibt die gestrige Prager Zeitung: „Wir haben in der letzten Zeit wiederholt Gelegenheit gehabt, über stattgefundene Meetings zu berichten; zur Abwechslung sind wir diesmal in der Lage, über eine Volksversammlung Bericht zu erstatten, welche erst heute stattfinden wird, wenn nicht etwa der Regen den Arrangements derselben einen Strich durch die Rechnung macht und diejenigen, welche ihre Reden bereits vorbereitet haben, hindert, ihre oratorischen Talente glänzen zu lassen. Es handelt sich um das Meeting der „Omladina“ auf dem Berge Swiczin bei Königshof. Wir wissen zwar nicht, welche Redner dort auftreten werden, kennen aber bereits die Resolution, welche angenommen werden wird. Es wird darin nach den entsprechenden Erwägungen öffentlich und feierlich verkündet, daß „auch wir, die jüngeren Söhne unserer Nation, versammelt auf dem Berge Swiczin bei Königshof, mit unaussprechlichem und unermüdetem Eifer für unsere historische und politische Bildung nach dem Vorbilde unserer berühmten Ahnen Sorge tragen wollen. Wir verheißten, daß wir, theilnehmend an diesem großen Kampfe, den gegenwärtig die czechische Nation führt, fortwährend uns in unbeugsamer patriotischer Ausdauer und Opferwilligkeit üben und kräftigen wollen, damit wir nach unseren Kräften Verbreiter und Apostel der Cultur und des historischen Bewußtseins in unserer Nation, ehrliche und ausdauernde Kämpfer für die Selbstständigkeit und politische Freiheit der einst glorreichen St. Wenzelskrone werden.“ — Woher wir dies wissen, daß diese Resolution angenommen wird? Die Sache ist ganz einfach. Die Resolution stammt aus der bekannten Prager Resolutions-Fabrik, deren Existenz schon lange kein Geheimniß ist: sie liegt bereits gedruckt vor, und zwar ist sie aus der Buchdruckerei des Herrn Dr. Ed. Gregor hervorgegangen.“

Tagesneuigkeiten.

— Se. Majestät der Kaiser haben den durch Feuer verunglückten Insassen der Gemeinde Hrozna-Phota eine Unterstützung von 200 fl. aus Allerhöchsten Privatmitteln allergnädigst zu bewilligen geruht.

— Ihre Majestäten der Kaiser Ferdinand und die Kaiserin Maria Anna haben 200 fl. für die Herstellungsarbeiten an der Kirche von Trbise, 300 fl. für die Ausbesserung der Kirche in Antignano und 500 fl. für den Bau der neuen Pfarrkirche in Cepis in Istrien allergnädigst zu spenden geruht.

— (Assicuranz-Inspector Marek in Pest) hat zwar bei dem an ihm verübten Raubattentat auf der Stirne und am Schädel eine Menge Wunden erhalten, doch wurde die Hirnschale nirgends eingeschlagen, so daß für sein Leben keine Gefahr ist, wogegen der sechzigjährige Kutscher,

welcher vier Schüsse erhielt, zwar noch am Leben ist, aber schwerlich aufkommen dürfte. Von den beiden eruirten, aber noch nicht faßbaren Thätern ist der eine, Joltan Bibo, aus Kisz-Ujballas gebürtig, 28 Jahre alt, ein 1867 deser-tirter Soldat, und war auch unter den Namen Bela Kun Mitglied einer wandernden Schauspielertruppe. Er soll ein guter Sänger sein. Die Spur Joltans und des zweiten Thäters, des Schauspielers Wolfgang Szekely, hat man bis zum Kufipintpoer Wirthshaus, wo sie am 22. v. M. übernachteten, und einer benachbarten Tanya, wo sie beim herrschaftlichen Jspan, einem alten Bekannten Bibos, zu Mittag speisten, verfolgt. Marek wurden nicht 2000 fl., sondern 300 fl. in Baram und 10 1860er Lose von den Räubern abgenommen, da die größeren Beträge in einem Koffer verwahrt waren.

— (Neusiedler-See.) Gegenwärtig ist der Neusiedler-See abermals ganz wasserleer und ist dessen Boden von Gras und Unkraut bedeckt. Derselbe wird jetzt von den Bewohnern als Viehweide benützt. Die Austrocknung des Sees ist außerdem nicht bloß eine oberflächliche, sondern erstreckt sich auch in die Tiefe. Als man nämlich für die Viehheerden einen Brunnen graben wollte, traf man bis zu einer Tiefe von drei Klaftern noch nicht auf Wasser.

— (Bahnbauten in Böhmen.) Nicht weniger als 5000 Arbeiter sind gegenwärtig allein bei den Bahnbauten in Böhmen beschäftigt. In den jüngsten Tagen ist der Buschthradler Bahn-Gesellschaft als Concessionärin der böhmischen Nordwestbahn vom Handelsministerium der Auftrag zugegangen, den Franzensbader und Ratonitzer Flügel der bezeichneten Bahnen binnen sechs Wochen unweigerlich in Angriff zu nehmen und den Bau auf den anderen Linien, namentlich der Route Eger-Falkenau-Carlsbad mit aller Beschleunigung fortzusetzen.

— (Der durchschnittliche Gewinn der Spielbanken) in Ems, Wiesbaden, Baden-Baden, Homburg und Nauheim betrug in den letzten zehn Jahren jährlich 3 1/2 Millionen Thaler. Bei der preussischen Lotterie gehen den Spielern ungefähr jährlich 1,800,000 Thaler verloren. Rechnet man dazu noch die sächsischen und Frankfurter Lotterien, so ergibt dies ein recht artiges Sümmdchen. Spielbank oder Lotterie, der Unterschied zwischen beiden ist nicht groß.

— (Eisenbahnunglück.) Auf der bayerischen Ostbahn nächst der Station Irrenlohe ereignete sich vorgestern Vormittags ein entsetzliches Unglück. Ein Personen- und ein Lastenzug stießen zusammen, wobei 5 Personen getödtet und 10 schwer verwundet wurden. Einem Telegramm des „W. T.“ zufolge, soll Fahrlässigkeit des Stationspersonals von Irrenlohe die Ursache des Unglücks sein.

— (Im Westen Nordamerika's) hat der Indianerkrieg mit all seinen Schrecken wieder begonnen. In Texas hat bereits ein Zusammenstoß zwischen Indianern und den Vereinigten Staaten-Truppen stattgefunden. Gleichzeitig kommt die Nachricht, daß die Indianer die Ansiedlungen in den Thälern der Flüsse Salmon und Republican verwüsten. Die Ansiedler von West-Kansas flüchten ostwärts.

Eine vereitelte Auswanderung.

In Hamburg ereignete sich vor Kurzem der gewiß seltene Fall, daß ein Auswanderer noch am Tage vor Abgang des Schiffes, also gewissermaßen noch in der zwölften Stunde, plötzlich für seine Verhältnisse so reich mit den Gaben der launischen Fortuna überschüttet ward, daß er die Fahrt nach Amerika kurz und bündig aufgab und als wohlhabender Mann in seine Heimat zurückkehrte.

Mit einigen Einkäufen und letzten Arrangements auf dem Lande beschäftigt, trat er nämlich in Begleitung seiner Frau in das mit einer Lotteriellecte verbundene Bankgeschäft von Louis Wolff, um deutsches Geld in amerikanisches umzuwechseln. Als sie hier einen Herrn bemerkten, der gerade einen ihm zugefallenen Gewinn in Empfang nahm, und hörten, daß die letzte Classe der Lotterie gerade an diesem Tage beschloffen werde, erwachte in der Frau die Lust, zu guterletzt noch einmal dem Glück auf europäischem Boden die Hand zu bieten.

Durch vieles Zureden bewog sie endlich ihren zögernden Mann, ein Los zur letzten Classe zu nehmen, und Beide entfernten sich, die Frau vergnügt, daß sie ihren Willen durchgesetzt hatte, der Mann ein wenig mürrisch über seine Nachgiebigkeit. An demselben Tage wurde das Los mit 12,000 Thalern Gewinn gezogen, und als das ahnungslose Ehepaar am anderen Morgen sich an Bord ihres Dampfers begeben wollte, erwartete sie daselbst ein Bote der Hauptcollecte von Louis Wolff, dessen freudige Nachricht die Gatten bewog, nach minutenlanger Ueberlegung den ganzen Auswanderungsplan an den Nagel zu hängen und nach ihrem Gasthose zurückzukehren. Wenige Tage später führte die Eisenbahn sie und ihre neuen Schätze nach der alten Heimat zurück.

Locales.

— Gestern ist der Herr Bürgermeister Dr. Suppan und Herr Gemeinderath Dr. Pfefferer von der zur Ueberreichung der Denkschrift des Gemeinderathes über die Maierereignisse nach Wien unternommenen Reise zurückgekehrt.

— (Bezüglich der Tracirung der Oberfrainer Eisenbahn) soll nunmehr die Beibehaltung der zuerst ermittelten und von uns seinerzeit mitgetheilten Tracé beschloffen worden sein.

